

Amtliche Bekanntmachung

180 K 46/25



Amtsgericht Essen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Mittwoch, 08.07.2026, 09:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 293, Zweigertstr. 52, 45130 Essen**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Schönebeck, Blatt 323,

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Schönebeck, Flur 1, Flurstück 1163, Gebäude- und Freifläche, Herbrüggenstraße 231, Größe: 707 m²

versteigert werden.

It. Gutachten handelt es sich um ein mit einem 1 bis 2-geschossigen Dreifamilienhaus (mit ausgebautem DG und Spitzboden) und einer Garage bebauten Grundstück

Bj.: Wohnhaus 1903; Umbau DG und Anbau Balkon 1997; Anbau und Umbau DG/SPB 2011/2012

Garage: 1972/1974

BGF Wohnhaus gesamt: 612 m²

Whg. EG li: 82 m²

Whg. EG/DG re: 63 m²

Whg. DG/SPB: 114 m²

Hobbyfläche SPB: 100 m²

Garage: 29 m²

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 15.08.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

697.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

